



# Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

## **Sitzung und Workshop des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung**

- Termin:** 22. November 2017 | 13.00 – 16.30 Uhr
- Ort:** Staatsministerium Baden-Württemberg, Clay-Haus,  
Richard-Wagner-Straße 39, 70184 Stuttgart
- Teilnehmende:** Siehe Teilnehmerliste (Anlage 1)



### **Protokoll**

#### **I. Begrüßung durch Frau Staatsrätin Gisela Erler**

Frau Erler begrüßt die Mitglieder des Beirats in diesen brisanten Zeiten der Regierungsbildung in Deutschland und wertet den Prozess als heikel für die Demokratiezufriedenheit der deutschen Bevölkerung. Ihrer Einschätzung nach würde sich ein Ergebnis bei möglichen Neuwahlen nicht maßgeblich vom jetzigen Ergebnis unterscheiden. Allerdings, so räumt sie ein, könnte es auch bedeuten, dass die rechten Kräfte nochmal an Zuspruch gewinnen könnten.

Mit Blick auf Baden-Württemberg schätzt sie die Lage, insbesondere was den Themenbereich der Bürgerbeteiligung betrifft, als sehr gut ein. Des Weiteren stellt Frau Staatsrätin Erler in Kürze die aktuellen Themen der Stabstelle vor:

#### **- Europadialoge**

„Europa muss transparenter werden“, sagte der Ministerpräsident. Um das zu erreichen, soll es im kommenden Jahr einen breiten Europadialog in Baden-Württemberg mit Bürgern geben. Um die Organisation des Dialogs werde sich Europaminister Guido Wolf (CDU) kümmern. Mithilfe von Experten und Bürgern soll dabei ein neues europapolitisches Leitbild für unser Land entstehen.

<https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/informieren/service/pressemitteilung/pid/auftaktveranstaltung-zum-europadialog-des-landes/>

### - **Strategiedialog Mobilität**

Die Automobilwirtschaft erlebt gerade den tiefsten Umbruch ihrer Geschichte: Elektrifizierung, Digitalisierung, autonomes Fahren und Sharing-Modelle sind riesige Herausforderungen, die es zu meistern gilt. Die Landesregierung hat deshalb 2017 einen auf sieben Jahre angelegten „Strategiedialog Automobilwirtschaft BW“ initiiert, der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeitnehmerverbände, Verbraucherorganisationen, Umweltverbände und Zivilgesellschaft vernetzt. Denn die Mobilitätssysteme sowie die Verkehrswirtschaft stehen vor großen Herausforderungen.

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/arbeitsstruktur-strategiedialog-automobilwirtschaft-beschlossen/>

### - **Bürgerforum Landtag**

Das Bürgerforum zur Altersversorgung der Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg kam am Samstag, 18. November 2017, zu einem Auftakttreffen zusammen. 25 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger erarbeiten bis Ende Januar 2018 Empfehlungen zum System und zur Höhe der Altersversorgung der Landtagsabgeordneten, die in das Votum der Unabhängigen Kommission zur Altersversorgung einfließen. Diese Art des Beteiligungsprozesses stellt eine Premiere dar: Erstmals befasst sich die Zivilgesellschaft auf Landesebene mit Diätenfragen. Die drei Sitzungen sind nicht öffentlich und werden von professionellen Moderatoren begleitet. Die 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerforums wurden per Zufallsverfahren aus allen vier Regierungsbezirken, aus Städten und aus dem ländlichen Raum, aus unterschiedlichen Altersgruppen sowie nach Geschlechterproporz ausgewählt. Das Gremium soll die Arbeit der Unabhängigen Kommission zur Altersversorgung von Landtagsabgeordneten ergänzen und bereichern. Am Ende soll das Bürgerforum ein Votum erarbeiten, der als Empfehlung an die Unabhängige Kommission zur Altersversorgung geht.

<https://www.landtag-bw.de/home/aktuelles/dpa-nachrichten/2017/November/KW46/Sonntag/fc0fcad5-a245-4b39-bcd3-478a0ad6.html>

### - **Nachbarschaftsgespräche**

Bei den Nachbarschaftsgesprächen handelt es sich um eine neue Form aufsuchender Bürgerbeteiligung in ausgewählten Stadtteilen. Das Land Baden-Württemberg hat die Städte Pforzheim, Mannheim und Freiburg als Modellstandorte ausgewählt, um mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, die bislang von „der Politik“ nicht ausreichend gehört werden, neue Wege zur Beteiligung für das Zusammenleben im jeweiligen Stadtteil zu gehen. Die Dialoge stützen sich auf dem Prinzip des Zuhörens und Gehörtwerdens. Das Neue daran ist, dass „die Politik“ den Menschen zuhört und ihnen anschließend auch Antworten auf ihre Fragen gibt, wodurch der Austausch zwischen Politik und Bevölkerung gestärkt werden soll. Das Programm wird im kommenden Jahr weiter fortgeführt werden und soll von der Allianz für Beteiligung umgesetzt werden.

<http://allianz-fuer-beteiligung.de/foerderprogramme/nachbarschaftsgespraech/>

## **II. Moderiertes Gespräch mit Staatsrätin Gisela Erler und verschiedenen Gästen**

Frau Dr. Freudenberger begrüßt die Mitglieder des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung von Seiten der Allianz für Beteiligung und stellt in Kürze das Format der Beiratssitzung vor, in welcher 3 Themenschwerpunkte intensiviert behandelt und diskutiert werden sollen:

### **1. Bürgerbeteiligung und Inklusion**

*(Zivil)Gesellschaft gestalten: Barrieren überwinden und Bürgerbeteiligung inklusiv umsetzen*

Gesprächspartnerin: Simone Fischer, Städtetag Baden-Württemberg

Im Diskurs um das Themenfeld „Inklusion“ herrscht derzeit noch verstärkt das Verständnis, dass es hierbei allein um den Einbezug von Menschen mit Assistenzbedarf geht. Dabei gerät in den Hintergrund, dass Inklusion einen gesamtgesellschaftlichen Prozess beschreibt, bei dem es um das Zusammenwachsen aller sozialer Gruppen geht. Nach Einschätzung von Frau Fischer können Maßnahmen der Bürgerbeteiligung dazu beitragen dieses Verständnis zu öffnen. Um das Thema Inklusion in den Kommunen Baden-Württembergs zu befördern sei es wichtig, Begegnungsräume zu schaffen, in denen sich alle sozialen Gruppen treffen, begegnen und austauschen können. Wichtig sind hierfür insbesondere kleine Sozialräume und aktiv mitzudenken und abzufragen, welche Art von Assistenz dazu beitragen kann, um eine Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen.

Um das Verständnis von Inklusion der Begrifflichkeit nach zu definieren ist es wichtig, darüber ins Gespräch zu kommen, sich zu vernetzen und den Blick dafür zu öffnen, so Frau Fischer.

In Bezug auf die Frage, wie sie als Staatsrätin darin unterstützen wird den Dialog über „Inklusion“ aktiv zu führen, merkt Frau Erler an, dass die Begrifflichkeit „Inklusion“ allein auf Menschen mit Behinderung zu beziehen missverständlich sei. Dieses Denken sei tradiert und müsse geweitet werden. In Bezug auf die aktive Umsetzung von Inklusionsmaßnahmen sieht sie das reaktionäre Handeln der Politik, die diesen Prozess offensiv gefördert hat und schnell in die Umsetzung ging. Allerdings sei in dieser schnellen Umsetzungsphase vernachlässigt worden, die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, worin sie jetzt noch massiven Handlungsbedarf sieht. Wichtig sei auch in diesem Zusammenhang, dass die Gesellschaft und die Politik alle sozialen Gruppen einbeziehe und beteilige und bestimmte Gruppen nicht separiere. Von diesem Standpunkt her liegt ihr insbesondere das Format der Nachbarschaftsgespräche am Herzen, da bei diesem Format darauf geachtet wird, alle Sichtweisen eines Quartiers in den Beteiligungsprozess mitaufzunehmen. Es gehe dabei um Einbindung durch Dialog.

## 2. Bürgerbeteiligung und Nachhaltigkeit

*Nachhaltige Kommunalentwicklung betreiben: Bürgerbeteiligung forcieren und das Wissen der Bürger gezielt nutzen*

Gesprächspartnerin: Margret Frank, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Frau Frank erläutert in Kürze, um was es bei dem Pilotprojekt „Nachhaltige Kommunalentwicklung – gemeinsam auf dem Weg in die Zukunft“ geht: Ziel war die Beantwortung der Forschungsfragen:

1. Welche Anforderungen muss ein Unterstützungsangebot für Kommunen erfüllen, um eine nachhaltige Kommunalentwicklung mit Bürgerbeteiligung zu starten und erfolgreich umzusetzen?
2. Welche Rahmenbedingungen müssen vorhanden sein?
3. Welche Profilm Merkmale/Qualifikation haben gute Prozess-BegleiterInnen für nachhaltige Kommunalentwicklung mit Bürgerbeteiligung?

Um herauszufinden, wie es einer Kommune gelingt, die Bürgerschaft, aber auch andere Akteure in die kommunale (Weiter-) Entwicklung erfolgreich einzubinden oder sie aktiv an ihr zu beteiligen hat das Pilotprojekt mit Kommunen (Bürgermeister/innen, Landräte/innen, Verwaltungsmitarbeiter/innen) Angebote für eine nachhaltige Kommunalentwicklung erprobt. Die im Pilotprojekt entwickelte und in den Vor-Ort-Projekten praktizierte individuell angepasste Unterstützung ermöglichte es den Kommunen, ihre eigene neue Beteiligungskultur aufzubauen. Planungen, Entscheidungen und Prozesse wurden dabei im „Trialog“ gemeinsam von Verwaltung, Kommunalpolitik und allen Akteuren der Kommune, insbesondere der Bürgerschaft, vorbereitet, gestaltet und umgesetzt.

Die Prozessarchitekten/innen der Projektpartner haben den Kommunen eine kostenlose Erstberatung vor Ort gegeben. Diese umfasste die mögliche Vorgehensweise zur weiteren Begleitung und die Beratung zum Thema Nachhaltige Kommunalentwicklung. Der Fokus lag dabei auf der Bürgerbeteiligung. Ein darauf aufbauendes Konzept beachtete die lokalen Strukturen und Rahmenbedingungen und die bisherigen Erfahrungen. So konnte gemeinsam mit den Kommunen ein auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnittenes Unterstützungsangebot erstellt werden.

Bezüglich der Frage, wie Sie als Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung den Prozess der nachhaltigen Kommunalentwicklung in Baden-Württemberg unterstützt und wo Sie hierbei noch weiteren Handlungsbedarf sieht, entgegnet Frau Erler, dass es ihr derzeit insbesondere darum gehe, den sozialen Zusammenhalt zu befördern und mit ihrer Politik einen Beitrag zur nachhaltigen Integration beizutragen. Hierfür unterstütze sie das Projekt KN 83 <http://www.83integriert.de/>.

Auch durch das Förderprogramm „Gut Beraten!“ sieht Frau Staatsrätin die aktive Beförderung der nachhaltigen Kommunalentwicklung in kleinen Städten und Gemeinden innerhalb Baden-Württembergs unterstützt. Auf die Frage an Frau Frank, wohin die weitere Projektentwicklung ziele antwortet sie, dass dies in den Prozessen offengelassen wurde, da das Projekt abgeschlossen ist und die Ergebnisse gegebenenfalls z.B. in Strategien umgesetzt werden kann. Frau Erler bedauert, dass das Projekt nicht weitergeführt wurde und spricht sich dafür aus, dass die Erfahrungen weitergetragen werden sollten, um die geleistete Strukturbildung nachhaltig zu bestärken.

### **3. Bürgerbeteiligung in Netzwerkstrukturen**

*Lokale/regionale Vernetzungsstrukturen aufbauen: Engagementlandschaften der Bürgerbeteiligung schaffen*

Gesprächspartner: Wolfgang Klenk, Allianz für Beteiligung

Mit Blick auf Baden-Württemberg und dessen ausgeprägte Engagementlandschaft zeigt sich, dass es „Hochburgen“ der Beteiligung gibt. Beispielhaft hierfür sind der Hochschwarzwald, die Rheinebene und das weitläufige Ballungszentrum rund um die Landeshauptstadt Stuttgart bis hin zur Schwäbischen Alb. Daneben zeichnen sich aber auch deutliche blinde Flecken des Engagements ab, wie etwa der nördliche Teil des Bundeslandes. Um diesen blinden Flecken zu entgegnen und die Beteiligungsstrukturen flächendeckend im Land zu verankern verfolgt die Allianz für Beteiligung Maßnahmen der aufsuchenden Beteiligung. Es ist wichtig, vor Ort zu gehen und sich ein Bild zu machen, so Wolfgang Klenk im Gespräch. Ziel der Allianz ist es, vor Ort den Dialog anzustoßen zu Themen, die in den jeweiligen Sozialräumen von Bedeutung sind. Wichtig sei es hierbei immer offen zu sein für die jeweilige Situation vor Ort und sich auch zu trauen, neue Maßnahmen zu ergreifen und anzugehen. Es gehe darum, im Land die Vision zu verbreiten und die Strukturen zu etablieren, dass Beteiligung als Vorteil für Kommunen anzusehen ist.

Auch Frau Erler sieht noch Handlungsbedarf darin, den Aufbau lokaler Vernetzungsstrukturen aktiv zu befördern, um dadurch auch das Themenfeld „Bürgerbeteiligung“ flächendeckend in Baden-Württemberg verankern zu können. Als zielführend erachtet sie hier das Förderprogramm „Gut Beraten!“, das kleinteilig dazu beiträgt, vor Ort die Bedarfe abzufragen und dementsprechende Maßnahmen folgend aufzunehmen. Ihrer Ansicht nach sei es auch wichtig, Orte zu identifizieren, die bisher in der Beteiligungslandschaft noch nicht repräsentiert sind. Hier sollte die Ansprache direkt an die Bürgermeister und Verwaltungen passieren, um so inaktive Bereiche zu aktiven Beteiligten und Beteiligten zu machen.

Um diese Strukturen im Land dementsprechend zu etablieren sind sich die GesprächsteilnehmerInnen einig, dass es wichtig ist, Förderprogramme gut zu verzahnen.

### III. Workshops zu folgenden Themen:

#### 1. Bürgerbeteiligung und Inklusion

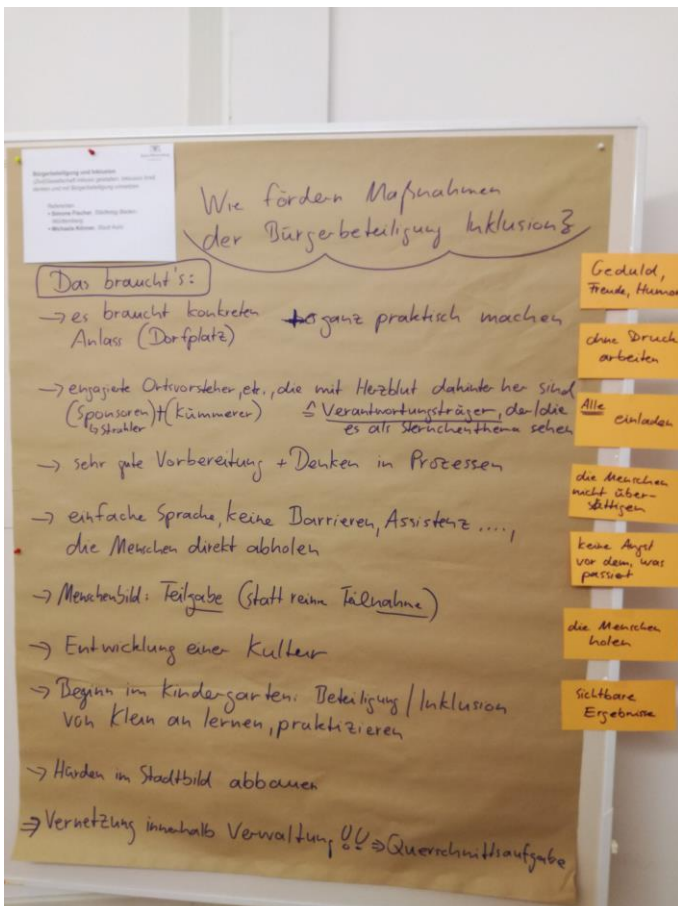
(Zivil)Gesellschaft gestalten: Barrieren überwinden und Bürgerbeteiligung inklusiv umsetzen

Referenten: Simone Fischer, Städtetag Baden-Württemberg, Michaela Könner, Stadt Kehl

Präsentation: Anlage 2

Diskussion: Wie können Maßnahmen der Bürgerbeteiligung das Themenfeld „Inklusion“ bereichern?

- Es braucht einen konkreten Anlass (z.B. Neugestaltung Dorfplatz)
- Engagierte Personen (z.B. Ortsvorsteher, Inklusionsmanager, etc.), die mit Herzblut hinter dem Projekt stehen
- Eine gute Vorbereitungsphase des Projekts sowie Denkstrukturen in Prozessen
- Einfach Sprache, keine Barrieren, Assistenz, etc. -> Die Menschen direkt abholen
- Empowerment der „stillen Gruppen“
- Menschenbild: Teilgabe (statt reine Teilnahme)
- Entwicklung einer Beteiligungskultur vor Ort
- Früher Ansatz: Beteiligung/ Inklusion von klein an lernen, vermitteln und praktizieren



#### FAZIT:

- Hürden im Stadtbild abbauen, um Begegnungsräume in der Kommune zu schaffen
- Vernetzung innerhalb der Verwaltung: Querschnittsaufgabe!!
- Geduld, Freude Humor sind essentiell
- Ohne Druck arbeiten
- ALLE einladen
- Menschen nicht übersättigen
- Keine Angst vor Konsequenzen
- Sichtbare Ergebnisse

## 2. Bürgerbeteiligung und Nachhaltigkeit

*Nachhaltige Kommunalentwicklung betreiben: Bürgerbeteiligung forcieren und das Wissen der Bürger gezielt nutzen*

Referenten: Margret Frank, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Prof. Dr. Frank Brettschneider, Universität Hohenheim

Präsentation: Anlage 3

Herr Prof. Dr. Brettschneider stellt das Pilotprojekt „Nachhaltige Kommunalentwicklung – Gemeinsam auf dem Weg in die Zukunft“ vor. Das Projekt bot Unterstützung und Beratung an zum Themenfeld „nachhaltige Kommunalentwicklung“. Dabei galt es herauszufinden, welche Anforderungen ein Unterstützungsangebot für Kommunen erfüllen muss, um eine nachhaltige Kommunalentwicklung mit Bürgerbeteiligung zu starten und erfolgreich umzusetzen zu können. Welche institutionellen Rahmenbedingungen ein solches Unterstützungsangebot erfordert und welche Profilmerkmale/ Qualifikation gute Prozess-BegleiterInnen für nachhaltige Kommunalentwicklung mit Bürgerbeteiligung haben sollte.

Im Rahmen des Pilotprojektes wurde eine Kommunalbefragung in Baden-Württemberg in 1.101 Kommunen mit Hilfe eines standardisierten schriftlichen Fragebogens durchgeführt. Der Rücklauf belief sich auf 419 Kommunen (38%). Zudem wurde auch eine Kommunalbefragung von 8.307 Kommunen in Deutschland, ebenfalls mit dem gleichen Verfahren, durchgeführt. Hier belief sich der Rücklauf auf 805 Kommunen bzw. 10%.

Die Ergebnisse zeigen zum Thema Grundverständnis Nachhaltigkeit, dass das Abwägen von ökologischen, ökonomischen und/oder sozialen Folgen der häufigste Bestandteil des Nachhaltigkeitsverständnisses ist. Das zweithäufigste ist das Schonen von ökologischen, ökonomischen und/ oder soziale Ressourcen. Zum Thema Nachhaltigkeitsstrategie und Verwaltungs-Stelle für Nachhaltigkeit ergibt die Befragung, dass die meisten Kommunen weder über eine Nachhaltigkeitsstrategie noch über eine Verwaltungs-Stelle für Nachhaltigkeit verfügen. Genauso sieht es beim Thema Beteiligungs-Leitlinie und Verwaltungs-Stelle für Beteiligung aus. Die meisten Kommunen verfügen weder über eine Beteiligungs-Leitlinie noch eine Verwaltungs-Stelle für Beteiligung. Aber sie führen häufig Beteiligungsverfahren durch.

Weiterhin kursiert ein sehr unterschiedliches Verständnis von Bürgerbeteiligung in den Kommunen. Das Spektrum der Bürgerbeteiligung beginnt bei „Bürgerbeteiligung als einseitige Information“, verläuft über „Bürgerbeteiligung als Konsultation der Bürger“, und „Bürgerbeteiligung als Konfliktbearbeitung“, bis hin zu „Bürgerbeteiligung als direkte Demokratie: das heißt Entscheidung durch die Bürger“.

Zu der Frage, ob es in der Kommune in den vergangenen fünf Jahren ein dialog-orientiertes Beteiligungsverfahren gab, gaben die Kommunen in Baden-Württemberg zu 80% „Ja“ an und zu 20% „Nein“. Deutschlandweit gaben dagegen nur 59% der Kommunen „Ja“ an und 41% „Nein“. Dies zeigt, dass die Mehrheit der Kommunen in den letzten fünf Jahren ein dialog-orientiertes Beteiligungsverfahren durchgeführt haben. Außerdem zeigt sich, dass die Häufigkeit steigt je größer die Kommune ist. Der häufigste Themenbereich, in denen dialog-orientierte Beteiligungsverfahren stattgefunden haben, ist „Stadtent-

wicklung und ländlicher Raum“, der geringste ist „Arbeit“. Bei der Frage, welche Ziele das dialogorientierte Beteiligungsverfahren verfolgen soll, haben die Kommunen deutschlandweit am häufigsten für die Erwartungen gestimmt, dass das Beteiligungsverfahren die Bevölkerung frühzeitig in die Diskussion einbeziehen soll und um Transparenz herzustellen. Am geringsten fällt die Erwartung aus, einen Konflikt damit zu lösen.

### **3. Bürgerbeteiligung in Netzwerkstrukturen**

*Lokale/regionale Vernetzungsstrukturen aufbauen: Engagementlandschaften der Bürgerbeteiligung schaffen, Leitbild der Allianz für Beteiligung*

Referent: Wolfgang Klenk, Allianz für Beteiligung

Text: Anlage 4

Diskussion: Wie können wir regionale Vernetzungsstrukturen aufbauen und Engagementlandschaften schaffen?

Bewusstsein für Kooperationen schaffen

- Kooperationen bedeuten Aufwand. Dies sollte aber bewusst in Kauf genommen werden, weil sich am Ende ein großer Mehrwert für alle Beteiligten eröffnen kann
- Dieser Mehrwert muss für die einzelnen Personen sofort und leicht erkennbar sein. Sonst ist die Bereitschaft nicht da, gemeinsam mit anderen ein Projekt umzusetzen
- Im Rahmen von Kooperationen auch ein Bewusstsein für ungewohnte Situationen und Konkurrenzen zulassen bzw. dies bewusst ansprechen
- In Kooperationen ist eine große Offenheit wichtig, aber auch eine frühzeitige Klärung von Rollen: was ist das gemeinsame Ziel? Wer steuert was bei? Wie sind die Rahmenbedingungen des Projekts?

Fach- und Beziehungsstruktur ansprechen

- Über verschiedene Zugänge bei Vernetzung nachdenken: fachliche Vernetzung, regionale Vernetzung, methodische Vernetzung ...
- Über diese Arten von Vernetzung können verschiedene Zugänge zu Personen hergestellt werden
- Wichtig ist aber auch, neben der Fach- auch die Beziehungsstruktur zwischen den Menschen im Blick zu behalten. Sie muss in der Kooperation einen Raum bekommen
- Eine wertschätzende Haltung ist notwendig, um gemeinsames Arbeiten voranzubringen



- Kooperationen gehen immer über Menschen. Für den Aufbau von (neuen) Kooperationsstrukturen ist es wichtig, „lokale Führungspersonen“ zu identifizieren und anzusprechen.

### Netzwerke

- Netzwerke sind eine gute Form, um Zusammenarbeit und Kooperation zu ermöglichen. Allerdings brauchen Netzwerke verbindliche Strukturen, sonst zerfallen sie
- Es sollte also auf jeden Fall in die Netzwerkstruktur investiert werden, und nicht zu stark in Einzelpersonen/individuelle Institutionen
- Die Struktur muss so stark sein, dass sie es verkraftet, wenn einzelne Personen oder Institutionen wegbrechen

### Förderlandschaft

- Weniger Einzelprojekte fördern, sondern mehr in Strukturen investieren, die Entwicklungen auf den Weg bringen können
- Verbindende Strukturen schaffen, die ineinandergreifen können. Wechselseitiger Ausschluss von Angeboten sollten vermieden werden
- Leuchtturmprojekte mit Strahlkraft unterstützen und gleichzeitig auch gezielt an Orte gehen, in denen es noch nicht so viele Vorhaben gibt

### Kommunen

- Themen sollten viel stärker vernetzt gedacht werden. Themen sollten weniger auf einzelne Zielgruppen zugeschnitten werden, sondern sich mehr an allgemeinen Zielen der Kommune orientieren
- Es sollte zum Beispiel eine zentrale kommunale Entwicklungskonferenz geben, nicht viele einzelne Konferenzen mit verschiedenen Zielgruppen

#### IV. Informationsaustausch zu aktuellen Themen und Projekten der Beiratsmitglieder:

- Die Allianz für Beteiligung informiert darüber, dass das Förderprogramm „Gut Beraten!“ auch im kommenden Jahr weiter ausgeschrieben wird. Es erhält zudem eine erweiternde Ausrichtung auf insgesamt drei Themenfelder: „Ländlicher Raum“, „Integration“, „Quartiersentwicklung“. Die Ausschreibung des Programms ist für Anfang Dezember geplant (Programmflyer: Anlage 5).

- Des Weiteren informiert die Allianz für Beteiligung darüber, dass sie ab Dezember das Programm „Nachbarschaftsgespräche“ ausschreiben wird. Bei diesem Gespräch geht es um die Förderung von Maßnahmen der aufsuchenden Beteiligung in kleinen Quartieren.

Die Allianz für Beteiligung freut sich, wenn die Beiratsmitglieder diese Informationen zu den Förderprogrammen in Ihren Netzwerken verteilen (Programmflyer: Anlage 6).

- Vera Dettenborn, Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, informiert über den Pakt für Integration. Dieser stellt 320 Mio. EUR für dieses und kommendes Jahr für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung. Aus diesem Finanzvolumen fließen Mittel in vier Förderbereiche: Soziale Beratung und Begleitung durch Integrationsmanager, Maßnahmen aus den Bereichen Schule und Übergang in den Beruf, Spracherwerb sowie bürgerschaftliches Engagement.

Die genauen Programmausschreibungen und Module werden in Kürze auf der Homepage des Ministeriums zu finden sein: <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

- Gerd Oelsner, LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg, stellt vor, dass die Bundesregierung auf Empfehlung des Rates für nachhaltige Entwicklung (RNE) vier „Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien – RENN“ eingerichtet hat. Das Anliegen der RENN ist es, Aktivitäten aus der Zivilgesellschaft mit Bezug zu Nachhaltigkeitsstrategien des Bundes, der Länder und Kommunen weiter zu vernetzen und zu unterstützen (Programmflyer: Anlage 7/ 7a).

- Ingrid Engelhart, SPES e.V., berichtet dass SPES e.V. das Thema der „Bürgergenossenschaften“ aktiv befolgen wird im kommenden Jahr. Ziel des Projekts ist es nicht mehr Einzelthemen in einer Genossenschaft zu bündeln, sondern einen Projektträger zu etablieren, der alle Themen bündelt.

<http://www.spes.de/index.php?id=44>

- Kerim Arpad, Deutsch Türkisches Forum, stellt die Frage in den Raum, wie in Zukunft mit der Thematik weiterfahren wird, das Thema Integration und Teilhabe nicht allein auf das Thema „Flüchtlinge“ zu fokussieren.

- Sara Alterio, Forum der Kulturen Stuttgart e.V., lädt zur Tagung ein: „Neue Förderkonzepte für NGOs - Ein „House of Resources“ für Migrantenorganisationen: Flexible und bedarfsgerechte Förderpolitik zwischen Projekt- und Strukturförderung“ am 26. und 27. Januar 2018 im Rathaus Stuttgart und im Haus der Katholischen Kirche Stuttgart (Anlage 8). <https://www.house-of-resources-stuttgart.de/fachtagung-neue-foerderkonzepte-fuer-ngos-am-26-und-27-januar-2018/>

- Dr. Beate Krieg, LandFrauenverband Württemberg-Baden informiert darüber, dass der Verband eine Verlängerung des Programms: „Bildungsangebote zur Verbesserung der Lebensqualität von Frauen“ plant. Weitere Informationen finden Sie hier: <https://landfrauen-bw.de/>
- Irene Armbruster, Bürgerstiftung Stuttgart, informiert darüber dass das Thema Mobilität und Zivilgesellschaft im kommenden Jahr fokussiert von der Stiftung bearbeitet wird. Zudem gehe es um einen Wissenstransfer der Erfahrungen und dieses den Europäischen Bürgerstiftungen zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren gehe es darum zu verfolgen, wie das Engagement der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe auch in Zukunft gestaltet werden kann und dabei die Elemente der Anfangszeit, die geprägt von Freiheit und Gestaltungsmöglichkeiten waren, aufzunehmen und fortzuführen.
- Johannes Lauterbach, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V., informiert über die Fachtag am 22./23. März zum Thema: „Partizipation und Engagement für nachhaltige Entwicklung“. Weitere Informationen werden hierzu in Kürze auf der Homepage zu finden sein: <https://www.deab.de/veranstaltungen/>
- Annette Rueß, Pulse of Europe Team Stuttgart, berichtet dass die Initiativegruppe ihre Arbeit auch weiterhin fortsetzen wird, da sie ihre Arbeit mehr denn je als wichtig einschätzen. Sie lädt die Mitglieder herzlich ein am Flashmob am 3. Dezember 2017 um 14.00 Uhr auf dem Marktplatz in Stuttgart mitzuwirken. Weitere Informationen: <https://pulseofeurope.eu/de/poe-staedte/deutschland/stuttgart/>
- Nico Alt, Kreisjugendring Rhein-Neckar e. V., weist die Mitglieder darauf hin, dass diese gerne die Ressourcen des Kreisjugendrings nutzen sollen bezüglich Fragen der Jugendbeteiligung. Zudem berichtet er von den Programmen „Was uns bewegt!!!“ <https://wasunsbewegt-bw.de/> und dem Kindergipfel und Jugendlandtag Baden-Württemberg <https://www.ljrbw.de/kindergipfel-und-jugendlandtag.html>. Als deutlichen Auftrag hat der Kreisjugendring dabei identifiziert das Wahlalter abzusenkten.

## V. Save the Date

Die nächste **Sitzung des Beirats für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung** wird am **Mittwoch, 27. Juni 2018, 14:00 – ca. 17:00 Uhr** stattfinden. Die Einladung hierzu geht Ihnen zeitnah vor der Sitzung zu.

Das nächste **Netzwerktreffen der Allianz für Beteiligung** findet am **27.4.2018 ganztägig** in Herrenberg statt. Eine Einladung hierzu wird Ihnen zeitnah zukommen.

Frau Erler bedankt sich bei den Mitgliedern des Beirats für den regen Austausch und wünscht allen eine gute Zeit.